DIE SCHWEIZ STIMMT AB

27. SEPTEMBER 2026

easyvote

POLITIK EINFACH ERKLÄRT:
EINE NEUTRALE ABSTIMMUNGSBROSCHÜRE

INHALT

Neutralitätsinitiative **4**
Ernährungsinitiative **6**

Von Jugendlichen für Jugendliche
Das Ziel von easyvote ist es, durch verschiedene Massnahmen die Partizipation der jungen Erwachsenen langfristig zu fördern. In den Broschüren von easyvote werden daher nationale und kantonale Vorlagen einfach verständlich und politisch neutral erklärt. Massgebend ist dabei stets der Wortlaut des offiziellen Abstimmungsmaterials.

Politische Neutralität
Die vorliegende Abstimmungsbroschüre ist politisch neutral und versteht sich als Abstimmungsinformation für junge Erwachsene. Die Vorgaben der Wahl- und Abstimmungsfreiheit werden gewahrt (unverfälschte Stimmbildung) und durch ein Neutralitätskomitee überprüft, welches auch die Übereinstimmung mit dem offiziellen Abstimmungsmaterial kontrolliert und gewährleistet.

Hinweise
Sämtliche Rechte, Titel und Ansprüche an, für und aus allen Informationen und Inhalten (einschliesslich aller Texte, Daten, Grafiken und Logos) der easyvote-Broschüre, welche sich aus dem geistigen Eigentum ergeben, verbleiben beim DSJ. Die easyvote-Broschüre kann über info@easyvote.ch abbestellt werden.

Herausgeber
Herausgeber der easyvote-Broschüre ist der Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ, welcher gemäss statutarischem Zweck parteipolitisch und konfessionell neutral ist und dessen Angebot easyvote namentlich auf Basis des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes (KJFG, SR 446.1) durch das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV auf eidgenössischer Ebene unterstützt wird.

Lektorat
Genossenschaft traduko

Layout
Thierry Bongard, Sven Kristlbauer

Druck
Jordi AG – das Medienhaus

Auflage
107'453

Redaktionsteam
Ursina Mühlethaler (Redaktionsleitung), Ansel Schirmer, Fabian Pfister, Isabel Witschi, Jolanda Karagkounis, Luana Marti, Nathalie Reichel, Rahel Rusterholz, Robin Walz, Thasmija Sritharmarajah

Scanne den QR-Code und erfahre mehr über die aktuellen Abstimmungen!

Liebe Leserin, lieber Leser

Der Sommer ist schon fast vorbei und es steht bereits der dritte nationale Abstimmungstermin des Jahres 2026 an. Am 27. September kannst du auf Bundesebene über zwei Initiativen abstimmen: die Neutralitätsinitiative und die Ernährungsinitiative. Auch in vielen Kantonen gibt es Abstimmungsvorlagen, bei denen du deine politische Stimme einbringen und mitentscheiden kannst.

Unsere easyvote-Broschüre unterstützt dich dabei, dich einfach verständlich und politisch neutral über die Vorlagen zu informieren und die für dich richtige Entscheidung zu treffen. Wenn du noch mehr Hintergrundinformationen zu den aktuellen Abstimmungsthemen möchtest, dann scanne den QR-Code oben rechts und lese unseren Zusatzcontent!

Brauchst du einen kleinen Reminder, um den Gang an die Urne nicht zu verpassen? Mit unserer #Voteweek bist du immer gut informiert und versäumst den letzten Termin für den Einwurf deines Couverts ganz sicher nicht! Für noch mehr Infos rund um die Abstimmungen folge uns auf unseren Instagram-Kanälen oder auf TikTok.

Nutze deine Stimme!

Ursina Mühlethaler (Redaktionsleitung) und das easyvote-Team

Neutralitätsinitiative

Ziel

Die Neutralität der Schweiz soll in der Bundesverfassung strikter definiert sein.

Ausgangslage

Seit 1848 ist die Neutralität der Schweiz in der Bundesverfassung verankert. Dementsprechend müssen Bundesrat und Parlament Massnahmen treffen, um die Neutralität der Schweiz zu wahren.

Die Neutralität der Schweiz ist international anerkannt und gilt als «dauernd» und «bewaffnet». «Dauernd» heisst, dass die Schweiz bei allen Kriegen zwischen anderen Staaten neutral ist. Als neutraler Staat darf sie sich z. B. nicht an kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen anderen Staaten beteiligen oder kriegführende Staaten militärisch unterstützen. Die Schweiz kann aber Sanktionen übernehmen. «Bewaffnet» heisst, dass die Armee für die Verteidigung des Landes und der Neutralität sorgt.

Es wurde eine Volksinitiative eingereicht, die verlangt, die Neutralität der Schweiz in der Bundesverfassung strikter zu definieren. Deshalb stimmen wir nun darüber ab.

Was würde sich ändern?

Falls die Initiative angenommen wird, wird die Neutralität der Schweiz strikter definiert. Dafür wird die Bundesverfassung ergänzt.

Neu steht ausdrücklich in der Verfassung, dass die Schweiz:

- ihre Neutralität als «immerwährend» und «bewaffnet» definiert;
- keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitritt;
- nur mit einem solchen Bündnis zusammenarbeitet, wenn sie direkt militärisch angegriffen wird oder ein Angriff vorbereitet wird;
- sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligt;
- künftig keine Sanktionen gegen kriegführende Staaten mehr ergreift (ausgenommen sind Sanktionen der Vereinten Nationen und Massnahmen, die verhindern, dass Sanktionen über die Schweiz umgangen werden);
- die Neutralität für ihre Rolle als Vermittlerin nutzt.

Volksinitiative

Mit einer eidgenössischen Volksinitiative kann die Stimmbevölkerung eine Änderung der Bundesverfassung vorschlagen. Auf nationaler Ebene müssen dafür innerhalb von 18 Monaten 100'000 Unterschriften von Stimmbürger/-innen gesammelt werden. Werden rechtzeitig genügend Unterschriften eingereicht, stimmt die Stimmbevölkerung über die vorgeschlagene Änderung der Bundesverfassung ab.

Sanktionen

Sanktionen sind Zwangsmassnahmen, die z. B. Staaten oder Personen dazu bringen sollen, ihr Verhalten zu ändern. Sie haben zum Ziel, das Völkerrecht und die Menschenrechte zu schützen. Häufige Formen von Sanktionen sind z. B. Handelsbeschränkungen oder Reiseverbote. Sanktionen der Vereinten Nationen (UNO) muss die Schweiz übernehmen. Bei Sanktionen anderer Länder oder Organisationen entscheidet der Bundesrat von Fall zu Fall. Nach dem völkerrechtswidrigen Angriff von Russland auf die Ukraine hat die Schweiz die Sanktionen der Europäischen Union (EU) z. B. übernommen.

Argumente

Ja – Befürworter/-innen

- Die Schweiz braucht eine glaubwürdige, bewaffnete und umfassende Neutralität. Diese schützt das Land vor Krieg.
- Die Schweizer Neutralität ist dann verlässlich, wenn sie immerwährend ist. Eine strikte Neutralität hat sich bewährt.
- Wirtschaftliche Zwangsmassnahmen treffen oft die Zivilbevölkerung. Zu einer umfassenden Neutralität gehört, auf solche Sanktionen zu verzichten.

Nein – Gegner/-innen

- Die Schweiz braucht Handlungsspielraum in der Umsetzung ihrer Neutralität. Die Initiative schränkt diesen ein.
- Die Initiative erschwert die internationale Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. Das gefährdet die Sicherheit der Schweiz.
- Durch die Initiative gilt die Schweiz nicht mehr als verlässliche sicherheitspolitische Partnerin. Das schwächt ihre Rüstungsindustrie.

Nationalrat	Ständerat	Bundesrat
Nein 65 Ja 124 Nein 5 Enthaltungen	**Nein** 10 Ja 29 Nein 5 Enthaltungen	**Nein**

Ernährungsinitiative

Ziel

Die Schweiz soll deutlich mehr Lebensmittel selbst herstellen und dadurch weniger abhängig vom Ausland sein.

Ausgangslage

Laut Bundesverfassung muss der Bund Voraussetzungen schaffen, damit die Schweizer Bevölkerung ausreichend hochwertige und bezahlbare Lebensmittel zur Verfügung hat. Der Netto-Selbstversorgungsgrad der Schweiz beträgt rund 45 Prozent.

Für die Schweizer Landwirtschaft gibt es Vorschriften zum Schutz von Umwelt, Biodiversität und Trinkwasser. Bundesrat und Parlament sehen weiteren Handlungsbedarf, um die Ernährungssicherheit zu stärken und die Landwirtschaft nachhaltiger zu machen. Der Bundesrat sieht z. B. vor, den Netto-Selbstversorgungsgrad bis 2050 auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen.

Es wurde auch eine Volksinitiative eingereicht, die verlangt, dass die Schweiz deutlich mehr Lebensmittel selbst herstellt. Deshalb stimmen wir nun darüber ab.

Was würde sich ändern?

Falls die Initiative angenommen wird, wird die Bundesverfassung geändert. Neu gilt:

- Der Netto-Selbstversorgungsgrad der Schweiz muss auf mindestens 70 Prozent erhöht werden. Dafür sollen weniger tierische und mehr pflanzliche Lebensmittel hergestellt und verbraucht werden.
- Sauberes Trinkwasser gehört ausdrücklich zu den Lebensmitteln, die der Schweizer Bevölkerung ausreichend zur Verfügung stehen müssen.
- Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität müssen besser geschützt werden.
- Die Umweltbelastung durch Pflanzenschutzmittel und Dünger muss verringert werden.

Die Vorgaben müssen innerhalb von zehn Jahren nach Annahme der Initiative umgesetzt werden. Der Bund muss die nötigen landwirtschaftlichen Anpassungen finanziell unterstützen.

Biodiversität

Biodiversität ist der Fachbegriff für biologische Vielfalt. Die Biodiversität umfasst die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten (Artenvielfalt), die Vielfalt innerhalb der Arten (genetische Vielfalt) sowie die Vielfalt der Lebensräume und Ökosysteme. Ein Ökosystem ist eine Lebensgemeinschaft von Lebewesen (z. B. Tiere, Pflanzen und Menschen) in ihrer Umwelt.

Netto-Selbstversorgungsgrad

Der Netto-Selbstversorgungsgrad gibt an, wie viele der in der Schweiz verbrauchten Lebensmittel tatsächlich in der Schweiz hergestellt werden. Er ist ein Hinweis darauf, wie gut ein Land z. B. mit internationalen Lieferengpässen umgehen kann. Bei der Berechnung wird berücksichtigt, dass ein Teil der tierischen Lebensmittel mit importiertem Tierfutter hergestellt wird. Deshalb ist der Netto-Selbstversorgungsgrad tiefer als der Brutto-Selbstversorgungsgrad und zeigt genauer, wie unabhängig die Schweiz bei der Lebensmittelproduktion ist.

Argumente

Ja – Befürworter/-innen

- Die Selbstversorgung der Schweiz sinkt. Bei einer Krise kann die Landwirtschaft die Bevölkerung nicht ernähren. Hier setzt die Initiative an.
- Fruchtbare Böden und Biodiversität müssen gesichert werden. Sie sind die Grundlage für sichere und hohe Ernten sowie für den Pflanzenschutz.
- Mit der Initiative kann die Versorgung mit sauberem Trinkwasser sichergestellt werden.

Nein – Gegner/-innen

- Der Bundesrat teilt zwar gewisse Anliegen der Initiative, er setzt bei der Umsetzung aber auf ein schrittweises Vorgehen.
- Den Netto-Selbstversorgungsgrad innerhalb von zehn Jahren auf 70 Prozent zu erhöhen, ist unrealistisch und erfordert starke Eingriffe in die Essgewohnheiten der Schweizer/-innen.
- Die Umsetzung der Initiative verursacht hohe Kosten für den Bund.

Nationalrat	Ständerat	Bundesrat
Nein 0 Ja 194 Nein 0 Enthaltungen	**Nein** 0 Ja 44 Nein 0 Enthaltungen	**Nein**

dsj
fspj
fspg

Dachverband Schweizer Jugendparlamente
Fédération Suisse des Parlements des Jeunes
Federazione Svizzera dei Parlamenti dei Giovani

Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/53458-2608-1009

easyvote.ch

DSJ I FSPJ I FSPG easyvote | Seilerstrasse 9 | 3011 Bern | info@easyvote.ch